

# Schein und Sein - Nichtkandidatur bei den Wahlen

**Umfrage** Kandidaten und vor allem Kandidatinnen für die Gemeinderatswahlen sind rar heutzutage. Dies wurde bei den diesjährigen Wahlen ersichtlich.

VON ANNA WILLI

Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann beauftragte das Liechtenstein-Institut, die Ursachen zu ermitteln. Bei einer Studie, geleitet von Wilfried Marxer, stachen der Zeitaspekt und die Unzufriedenheit mit der dem Anschein nach herrschenden Machtpolitik hervor.

Die Liechtensteiner Parteien, insbesondere die Ortsgruppenvorsitzenden, gingen einen steinigen Weg bei der Suche nach Kandidaten und Kandidatinnen für die Gemeinderatswahlen. «Man hatte vor allem Mühe damit, Frauen zur Kandidatur zu motivieren», sagte der Forschungsleiter im Bereich der Politikwissenschaft des Liechtenstein-Instituts, Wilfried Marxer. Lediglich 28,9 Prozent der Kandidierenden für den Gemeinderat waren Frauen. Anhand einer Umfrage ging das Liechtenstein-Institut den Ursachen der Nichtkandidatur auf den Grund. Auftraggeber war die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau. Am vergangenen Donnerstag stellte Marxer die Ergebnisse der Umfrage dar. Es wurden zwei Fragebögen an die für eine Kandidatur angefragten Personen versandt. Im ersten Teil ermittelte man die Gründe für die Nichtkandidatur.

In einem zweiten Teil wurden Empfehlungen eingeholt, was eine Kandidatur attraktiver gestalten könnte. Dabei ging es vor allem darum, Fehleinschätzungen aufseiten der politischen Elite zu korrigieren und die Erfolgschan-

cen bei der Rekrutierung zu erhöhen, wie der Politologe Marxer erklärte.

## Zu wenig Zusammenarbeit

Durch die Umfrage kam man unter anderem zum Schluss, dass, wie Marxer betonte, zu viel Machtpolitik herrsche, eine reine Sachpolitik würde bevorzugt werden. Als meistgenannter Grund trat jedoch das Zeitproblem auf. Viele Männer gaben an, bereits unter einer grossen beruflichen Belastung zu stehen. Auf dem zweiten Platz der ausschlaggebendsten Gründe für eine Nichtkandidatur befindet sich der Zeitpunkt der Anfrage für eine Kandidatur. In ein paar Jahren würde die Reaktion auf die Anfrage eventuell anders aussehen.

Bei den Frauen fiel die Gewichtung der Gründe etwas anders aus als bei den Männern, wie Marxer feststellt. Frauen seien vor allem dem in der Öffentlichkeit-Stehen abgeneigt. Dabei sei es aber keineswegs so, dass sie es sich fachlich nicht zutrauen würden, erklärt er. «Ausserdem suchen Frauen eher nach Harmonie, nach politischen Formen, bei denen es ein Miteinander gibt. Als meistgenannter Grund trat hier die Unzufriedenheit bezüglich zu viel Machtpolitik und zu wenig Sachpolitik hervor.

Als meistgenannte Empfehlung wurde angegeben, dass die Parteien stärker zusammenarbeiten sollten, als sich gegenseitig zu kritisieren. Weiter wurde empfohlen, dass auch mehr Jüngere und Ältere anfragt werden. Es wäre ausserdem erwünscht, dass die Parteien Schu-

**«Frauen suchen eher nach politischen Formen, bei denen es ein Miteinander gibt.»**

WILFRIED MARXER  
LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Der Politologe Wilfried Marxer stellte die Umfrageergebnisse vor. (Foto: Zanghellini)

lungen oder dergleichen anbieten, bei denen man sich besser über politische Belange informieren könnte. Zusammenfassend kann man Unterschiede zwischen Frauen und Männern anhand dieser Umfrage insofern feststellen, dass Frauen weniger gern in der Öffentlichkeit stehen und mehr negative Assoziationen zur Politik haben, dass sie diese mit Machtpolitik und Parteienstreit in Verbindung bringen. Bezüglich der Befragung der Frauen zu den Empfehlungen zog Wilfried Marxer ausserdem das Fazit, dass Frauen allgemein eher offener bezüglich einer Ausweitung des Systems wären als Männer.

## Unterschiedliche Wahrnehmung

Als übergreifendes Fazit zur Umfrage und der Diskussion im Anschluss an die Präsentation zieht Marxer eine Abweichung in der Wahrnehmung des politischen Geschehens der Öffentlichkeit und dem tatsäch-

lichen Geschehen im Politikleben. Die Öffentlichkeit nehme vermehrt die negativen Aspekte der Politik und weniger die positiven wahr. Bei den Ortsgruppenvorsitzenden sei das Gegenteil der Fall. Nun liege es aber an den Gemeinden und an den Parteien, sich Gedanken darüber zu machen, was sie aus dieser Erkenntnis machen wollen. Marxer empfiehlt die falschen Annahmen bewusst aufzulösen und die positiven Seiten der Gemeindegemeinschaft in den Vordergrund zu stellen, wie zum Beispiel, dass aktiv mitgestaltet werden kann. «Die Personen, welche die Kandidatur ablehnen, befürchten zum Teil, dass sie in Konflikte geraten und mit politischen Kämpfen konfrontiert werden», erklärt er. «In Wahrheit ist es aber so, dass die meisten Entscheidungen in einem Konsens getroffen werden und dass keine Fetzen fliegen.» Das Ziel wäre nun also, Sein und Schein zur Übereinstimmung zu bringen.